



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Ulrich Schippels (DIE LINKE)

und

Antwort

der Landesregierung - Innenminister

Drohungen aus dem rechten Spektrum gegen Organisationen in Schleswig-Holstein

Am 20. Januar berichtete die Tageszeitung über eine von Neonazis im Internet unter „mein-HH.info“ veröffentlichte „Hass-Liste von Organisationen und Personen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren“.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass das LKA Schleswig-Holstein Organisationen der Flüchtlingshilfe in Kiel darüber informierte, dass sie auf einer Liste der Neonazi-Terroristengruppe NSU zu finden seien.

1. Wie viele Organisationen und Personen in Schleswig-Holstein stehen nach Informationen der Landesregierung auf der Liste der NSU-Terroristen?

Antwort:

Die Erkenntnisse hierzu ergeben sich aus den Ermittlungsverfahren der Generalbundesanwaltschaft. Die Landesregierung ist nicht befugt, diese Erkenntnisse weiterzugeben.

2. Wer sind diese Organisationen und Personen, bzw. wofür engagieren sie sich?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 1.

3. Was hat die Landesregierung veranlasst um diese Organisationen aufzuklären und zu schützen?

Antwort:

Das Landeskriminalamt hat jeden Einzelfall einer Gefährdungslagebeurteilung unterzogen und die Betroffenen über das Ergebnis informiert. Weitergehende Maßnahmen sind bislang nicht erforderlich gewesen.

4. Welche schleswig-holsteinischen Organisationen und Personen werden in dem Artikel, der unter „mein-HH.info“ und anderen Nazi-Webseiten abrufbar war, genannt und was hat die Landesregierung veranlasst?

Antwort:

In besagtem Artikel sind wörtlich „Dr. Franz Forsmann aus Halstenbek“ sowie die „Flüchtlings- & Migrationsarbeit Niendorf/Norderstedt“ ausdrücklich als aus Schleswig-Holstein stammend genannt. Die zuständigen Hamburger Behörden haben über das dortige „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ die Betroffenen informiert.

5. Gibt oder gab es im den letzten 2 Jahren ähnliche Artikel oder Listen, auf denen schleswig-holsteinischen Organisationen oder Personen stehen? Wenn ja, wer sind die Urheber und welche Maßnahmen hat die Landesregierung in diesem Zusammenhang vorgenommen?

Antwort:

Die Veröffentlichung auf der Seite „mein-hh.info“ ist vergleichbar mit so genannten „(Anti-)Antifa-Aktivitäten“. Derartige Aktivitäten sind in den vergangenen Jahren in Einzelfällen auch in Schleswig-Holstein festgestellt worden. Sofern dabei eine konkrete Bedrohungslage ersichtlich war, wurden die Betroffenen in geeigneter Weise informiert.